

# GEMEINDE RÜMLANG

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Gemeinde Rümlang werden hiermit eingeladen zur Teilnahme an der

## GEMEINDEVERSAMMLUNG

der politischen Gemeinde Rümlang

**am Mittwoch, 10. Dezember 2025, 20.00 Uhr, im Gemeindesaal Rümlang**

### Geschäfte

#### 1. Genehmigung Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss 2026

Die Akten können am Schalter der Abteilung Präsidiales im Gemeindehaus eingesehen oder auf der Website unter [www.ruemlang.ch](http://www.ruemlang.ch) heruntergeladen werden. Auf Verlangen wird der beleuchtende Bericht auch zugestellt. Nähere Auskünfte über die Stimmberechtigung gibt das Gesetz über die politischen Rechte (GPR).

Anfragen im Sinne von § 17 des Gemeindegesetzes, die spätestens zehn Arbeitstage vor der Gemeindeversammlung schriftlich eingereicht werden, beantwortet der Gemeinderat spätestens einen Tag vor der Gemeindeversammlung schriftlich.

Rümlang, 7. November 2025

Der Gemeinderat

---

### **Geschäft: Genehmigung Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss 2026**

Antrag: Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung zu beschliessen:

1. Das Budget 2026 wird mit einem Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung von 1'591'400 Franken, Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen von 9'416'000 Franken und Nettoinvestitionen von 150'000 Franken im Finanzvermögen genehmigt.

2. Der Steuerfuss 2026 für die Politische Gemeinde wird auf 94 % festgesetzt.

Institutionelle Gliederung	Budget 2026		Budget 2025	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
Präsidiales	3'378'700	2'398'600	3'416'000	2'403'300
Gesellschaft & Soziales	13'527'000	5'955'700	12'830'500	6'258'700

Finanzen & Steuern	5'330'200	40'520'500	4'959'500	37'488'100
Bildung & Kind	20'035'500	4'968'400	18'917'700	4'657'900
Gesundheit & Alter	15'604'700	11'136'900	14'607'500	10'953'500
Bau & Entwicklung	8'323'800	5'287'000	8'487'800	5'399'200
Immobilien & Freizeitanlagen	10'624'000	6'979'400	10'925'200	6'529'200
Bevölkerung & Sicherheit	4'272'000	2'258'000	4'093'400	2'247'000
<b>Total Aufwand/Ertrag</b>	<b>81'095'900</b>	<b>79'504'500</b>	<b>78'237'600</b>	<b>75'936'900</b>
Aufwandüberschuss		1'591'400		2'300'700
<b>Total</b>	<b>81'095'900</b>	<b>81'095'900</b>	<b>78'237'600</b>	<b>78'237'600</b>

Die Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen zeigt folgendes Bild (in CHF):

	Budget 2026	Budget 2025
Ausgaben	10'505'000	8'525'000
Einnahmen	1'089'000	839'000
Nettoinvestitionen	9'416'000	7'686'000

Die Nettoinvestitionen steigen im Vergleich zum Vorjahr um CHF 1'730'000 von CHF 7'686'000 auf CHF 9'416'000.

Die Investitionsrechnung im Finanzvermögen zeigt folgendes Bild (in CHF):

	Budget 2026	Budget 2025
Ausgaben	150'000	175'000
Einnahmen	0	0
Nettoinvestitionen	150'000	175'000

Übersicht Investitionen:

Investitionen		Betrag in CHF
INV10071	Planung: Entwicklungsplanung Schmidbreiten	-100'000.00
INV11027	Spital Bülach: Darlehen (Amortisation)	-60'000.00
INV11043	Gewässerschutz: Hochwasserschutz Haldenbach	1'000'000.00
INV11086	Köschenrüti-Lee	700'000.00
INV11098	Gesamtschau Raumplanung (BZO Revision) 2023-2024	75'000.00
INV11103	Darlehen ZV Polizei RONN	-16'000.00
INV21007	Worbiger: Containerprovisorium	500'000.00
INV30001	Gemeindehaus Umbau Büros	300'000.00
INV30006	Ersatz Wärmeerzeugung Hallenbad	900'000.00
INV30014	Sanierung Ifangstrasse (Bahnhofstrasse bis Hofwisen)	260'000.00
INV30015	Umlegung Haldenbach (Anpass. Wasserleitung)	200'000.00
INV30021	Wasser: Ifangstrasse (Bahnhofstrasse - Hofwisen)	230'000.00
INV30031	Glattalstr. 181, Substanz UG + Sanitär	160'000.00
INV30033	Feuerwehrauto ADL	180'000.00

INV30035	Schulhaus Worbiger Totalsanierung	100'000.00
INV30037	Schulhaus Rümelbach Anpassung auf aufgrund neuer Vorschriften Kanton	400'000.00
INV30038	Mehrzweckhalle	350'000.00
INV30039	Strasse: Wibachstrasse (Wibachstr.12-Meienbrei.)	1'250'000.00
INV30042	Strasse: Köschenrüti-Lee	300'000.00
INV30043	Strasse:Ifangstrasse (Hofwisen - Kirchstrasse)	20'000.00
INV30044	Strasse: Ifangstrasse (Kirchstrasse - Rümelbach)	30'000.00
INV30045	Strasse: Projektierungskredit Pistenverlängerung	50'000.00
INV30048	Wasser: Wibachstrasse (Wibachstr. 12-Meienbreiten-Riedmattstr.)	720'000.00
INV30049	Wasser: Ifangstrasse (Kirchstrasse - Rümelbach)	30'000.00
INV30050	Wasser: Projektierungskredit Pistenverlängerung	50'000.00
INV30054	Abwasser: Wibachstr. (Wibachstr.12-Meienbreiten)	180'000.00
INV30055	Abwasser: Überarbeitung GEP	75'000.00
INV30057	Abwasser: Rückzahlung Darlehen ZV ARA Fischbach-Glatt	-263'000.00
INV30058	Abwasser: Projektierungskredit Pistenverlängerung	50'000.00
INV30061	Tagesstruktur	35'000.00
INV30062	Glattalstrasse 207 Machbarkeitsstudie	100'000.00
INV30064	Oberdorfstrasse 17, Umbau für Betreibungsamt	50'000.00
INV30065	Langenstegweg	20'000.00
INV30066	Ebnetweg	100'000.00
INV30067	LED-Umrüstung	120'000.00
INV30068	Bushaltekante Katzenrütistrasse	100'000.00
INV30069	Ersatz Komunalfahrzeug (Traktor)	110'000.00
INV30070	Wasseranschlussgebühren 2026	-250'000.00
INV30071	Klotenerstrasse Umlegung Wasserleitung	500'000.00
INV30072	Wasserleitung Tempelhof - Bäuler Erschliessung	100'000.00
INV30073	Umlegung WL Glattalstrasse 530	150'000.00
INV30074	Sanierung öffentliche Kanalisationsleitungen 2026	250'000.00
INV30075	Sanierung private Anschlussleitungen 2026	110'000.00
INV30076	Kanalisationsanschlussgebühren 2026	-250'000.00
INV30077	Ifangstrasse Neubau Niederschlagsabwasserleitung	500'000.00
INV30078	Anpassung Kanal/Schacht Glattalstrasse 530	80'000.00
INV30079	Sporthalle Heuel Sanierung Flachdach	70'000.00

## **BELEUCHTENDER BERICHT ZUM BUDGET 2026**

### **Einleitung**

Durch die Budgetierung nach institutioneller Gliederung für die Jahre 2024, 2025 und 2026 hat sich das Vorgehen intern gut verankert und bewährt. Auch der Vergleich der Zahlen 2026 gegenüber 2025 hat reibungslos funktioniert.

Die einzige grössere Anpassung betraf den Bereich Primarschule im Budget 2026. Hier war es notwendig, die Verfeinerung der Institute vorzunehmen, um direkte Kosten und Erträge verursachergerecht zuzuordnen.

### **Wichtige Eckdaten zum Budget 2025**

Das vorgelegte Budget 2026 weist ein Defizit von CHF 1.6 Mio. aus und steht damit um rund CHF 700'000 besser da als das Budget 2025. Die Verbesserung ist unter anderem auf die Erhöhung des Steuerfusses von 89% auf 94% zurückzuführen. Jedoch müssen in gewissen Bereichen auch deutliche Mehraufwendungen in Kauf (Bildung & Kind sowie Gesundheit & Alter) genommen werden.

Die Begründungen für die Abweichungen zwischen den Budgets 2026 und 2025 sind den aufliegenden Akten zu entnehmen.

Die Investitionsrechnung 2026 sieht Nettoinvestitionen von CHF 9'416'000 im Verwaltungsvermögen sowie Investitionen von CHF 150'000 im Finanzvermögen vor. Die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen erhöhen sich damit gegenüber dem Budget 2025 um CHF 1.7 Mio.

### **Geschäftsfeld Präsidiales**

Das Jahr 2026 ist gleichzeitig der Abschluss der Legislatur 2022-2026, welche sehr turbulent war. Nach Integration der Primarschule als neue Einheitsgemeinde Rümlang und der Aufstockung des Gemeinderates auf 9 Mitglieder haben sich die Geschäftsfelder entsprechend angepasst.

Das Geschäftsfeld Präsidiales gilt als zentrale Schnittstelle der anderen Geschäftsfelder und koordiniert Projekte und Events der Gemeinde und der Verwaltung. Weitere Mehrkosten entstehen durch die Gesamterneuerungswahlen im Jahr 2026. Je nach Anzahl der Wahlgänge fallen zusätzliche Entschädigungen an. Zudem ist davon auszugehen, dass neue Mitglieder in den Gemeinderat gewählt werden. Deren Einarbeitung erfordert anfangs mehr Zeit, führt zu längeren Sitzungen und zusätzlichen Terminen. Mit aktuell neun Mitgliedern ist der Aufwand entsprechend hoch. Um diesen künftig zu reduzieren, wird in der kommenden

Legislatur eine Teilrevision der Gemeindeordnung beraten, welche die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder verkleinern soll.

Mit diesen zusätzlichen Aufwänden wird die Abteilung Präsidiales vor allem ab Mitte 2026 stark gefordert sein und die Aufwände entsprechend grösser als in einem ordentlichen Geschäftsjahr. Mit neuen Mitgliedern im Gemeinderat sind die Sitzungen und Einführungsprogramme zu Beginn sicherlich länger und die Kosten höher. Mit der aktuell eingeführten Maximalzeit für die Diskussionen der Geschäfte, sollten aber auch die Sitzungen effizienter werden. Weitere Massnahmen zu einer effizienten Sitzungsführung werden für 2026 angestrebt.

Ebenfalls wird die Verwaltung vor allem in den Führungspositionen neu aufgestellt.

In der zweiten Jahreshälfte 2025 fielen die Kosten der Verwaltungsleitung etwas höher aus, da mit Ad Interim-Lösungen (sogenannte "Springer") gearbeitet wurde. Mit der erwarteten Neustrukturierung bestehend aus einem betriebswirtschaftlich ausgerichteten Verwaltungsleiter und einem separat funktionierenden Gemeindeschreiber, werden die Aufgaben klar getrennt und effizient wahrgenommen.

Gleichzeitig sollen mit dem Start in die Legislatur 2026-2030 auch die Weichen für eine moderne Verwaltung gestellt werden. In der gesamten Verwaltung gilt es, die Digitalisierung und die Optimierung der internen Prozesse mit Hilfe von modernen Techniken und IT-Strukturen auf einen modernen Stand zu bringen. Diese Übergangsphase ist mit zusätzlichen Kosten verbunden, die aber über die Folgejahre durch bessere Prozesse und vereinfachte Arbeitsschritte tiefer werden sollen. So kann auch eine Verschlankung der Gesamtstruktur angestrebt werden, sowie eine Verbesserung der Abläufe. Diese Massnahmen sollen dann auch nachhaltig die Gesamtkosten senken.

### **Geschäftsfeld Gesellschaft & Soziales**

Die am 1. August 2025 in Kraft getretene Beitragsverordnung familien- und schulergänzende Betreuung (BVO) führt im Bereich Gesellschaft zu tieferen Subventionskosten. Ab diesem Zeitpunkt wird der gesamte Subventionsbereich dem Geschäftsfeld Bildung & Kind übertragen. Ab 2026 fallen die Subventionskosten endgültig weg.

Im Rahmen der Umsetzung des neuen Reglements für die Unterstützung von Vereinen und Gruppierungen wurden die Beiträge im Jahr 2025 ordentlich ausgerichtet. Dies führt zu höheren Ausgaben im Bereich Vereine.

Es zeigt sich, dass Kosten im Bereich Kinder und Jugend stetig steigen. Damit steigt auch der gesetzlich vorgeschriebene Anteil, den die Gemeinden zu tragen haben. Dies äussert sich in unseren Beiträgen an den Kanton sowie an den Sozialdienst Bezirk Dielsdorf.

Die Beiträge für Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen basieren auf Hochrechnungen, da die Prognose in diesem Bereich von verschiedenen Faktoren abhängt. Der Arbeitsmarkt, der den Bereich Sozialhilfe stark beeinflusst, zeigt sich derzeit positiv für Arbeitssuchende, was zu einer weiterhin tiefen Sozialhilfequote führt. Eine bestehende Herausforderung bleibt jedoch die Knappheit an bezahlbaren Wohnungen. Im Gegensatz dazu ist bei den Zusatzleistungen eine Fallzunahme zu verzeichnen, und es wird mit steigenden Zahlen gerechnet.

Im Rahmen der Umsetzung der Anpassung der Zusatzleistungsverordnung durch den Kanton Zürich wurde die Stärkung der Betreuung im Alter per 1. Januar 2025 umgesetzt. Ziel dieser Massnahme ist es, dass Personen im AHV-Alter, die Zusatzleistungen beziehen, möglichst lange selbstbestimmt und eigenständig wohnen und leben können. Die Massnahmen umfassen unter anderem die Erweiterung des Leistungskatalogs für Hilfe und Betreuung zu Hause sowie die Erhöhung und Festsetzung von Stundenansätzen für private Hilfe und Betreuung, die über die Krankheits- und Behinderungskosten abgerechnet werden.

Das Verwaltungsgericht und das Bundesgericht haben entschieden, dass der Kanton Zürich die Versorgertaxen für die Platzierung von Kindern und Jugendlichen in ausserkantonalen Heimen vollumfänglich übernehmen muss. Die Gemeinde konnte die Kosten für die Versorgertaxen für den unbestrittenen Teil bereits im Jahr 2024 einfordern. Es gibt jedoch noch einen bestrittenen Teil, dessen Rückforderung immer noch aussteht. Dieser muss auf dem Rechtsweg eingefordert werden, und es wird ein Präjudiz abgewartet.

## **Geschäftsfeld Finanzen & Steuern**

### **Finanzen**

Der Gemeindealltag hat sich mit der neuen Verbuchungspraxis und der Budgetierung nach institutioneller Gliederung gut eingespielt. Mit den aktuellen Zahlen aus IST 2024, BUD 2024 und BUD 2025 konnten wir nun gezielter und präziser budgetieren als im Vorjahr.

Nichtsdestotrotz stehen wir im Jahr 2026 vor einer technischen Herausforderung im Zusammenhang mit dem FIS (Managing Client), das grundlegende Veränderungen in unserem ERP-System mit sich bringt. Künftig müssen wir zwischen Full-Usern und Budget-Usern differenzieren. Derzeit verfügen viele Mitarbeitende über ein Full-User-Paket, was mit entsprechend hohen Lizenzkosten verbunden ist. Im Zuge des Updates beabsichtigen wir, den

Grossteil der Mitarbeitenden auf Budget-User umzustellen, wodurch sich die laufenden Kosten deutlich senken lassen.

Zudem planen wir, im neuen Jahr den Kreditorenworkflow im Gemeindeleben einzuführen. Dies stellt einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Digitalisierung und Prozessoptimierung dar.

In der Vergangenheit war der Finanzbereich stark auf Springereinsätze angewiesen. Ab 2026 sollten sich diese Kosten im Vergleich zur Jahresrechnung 2024 wieder reduzieren und die Stellen gemäss Stellenplan wieder vollständig besetzt werden können. Die daraus resultierenden erhöhten Personalkosten im Vergleich zum Vorjahresbudget lassen sich entsprechend nachvollziehen.

#### Finanzausgleich

Die Steuerkraft pro Einwohner beträgt im Budget 2026 rund CHF 3'356.

#### Aktuelle Lage und künftige Entwicklung

Die Gemeindekasse steht weiterhin vor der Herausforderung einer schwachen Liquidität und ist auf externe Finanzmittel angewiesen. Um dieser Situation entgegenzuwirken, wird im Jahr 2026 weiterhin eine interne, fortlaufende Geldflussrechnung geführt. Die bereits eingeführte Liquiditätsplanung für das Tagesgeschäft ermöglicht es, die finanzielle Lage präziser zu steuern.

Mit der Zürcher Kantonalbank (ZKB) konnte ein Rahmenkreditvertrag über CHF 40 Mio. abgeschlossen werden. Aktuell bestehen noch Umwandlungsmöglichkeiten von über CHF 10 Mio. in Darlehen, um allfällige Liquiditätsengpässe abzufedern.

Die Verzinsung der Finanzverbindlichkeiten hat sich gegenüber dem Vorjahresbudget nur leicht verändert (+CHF 43'000), was auf das weiterhin tiefe Zinsniveau zurückzuführen ist.

#### Steuern

Der Steuerfuss betrug bis anhin 89%. Für das Budget 2026 wurde der Steuerfuss um 5% auf 94 % angehoben.

Durch die Erhöhung resultiert bei den Steuern folgender Mehrertrag:

Einfacher Steuerertrag (Steuerkraft unabhängig vom Steuerfuss)	Steuerfuss	Budgetierter Steuerertrag
CHF 22'800'000	94% (Antrag GR)	CHF 21'432'000

CHF 22'800'000	89% (bisheriger Steuerfuss)	CHF 20'920'000
<b>Mehrertrag Steuern</b>		<b>CHF 1'140'000</b>

Der höhere Steuerfuss hat auch direkten Einfluss auf den Finanzausgleich (Ressourcenzuschuss). Der Mehrertrag setzt wie folgt zusammen:

Nettoertrag Finanzausgleich (Inst. 3008)	Budgetierter Ressourcenzuschuss (Anteil Polit. Gemeinde)
Bei 94% (Antrag GR)	CHF 6'480'000
Bei 89% (bisheriger Steuerfuss)	CHF 6'135'000
<b>Mehrertrag Finanzausgleich</b>	<b>CHF 345'000</b>

Mit der Erhöhung des Steuerfusses um 5% kann somit ein finanzausgleich-bereinigter Mehrertrag von CHF 1'485'000.00 budgetiert werden.

Im Bereich der Grundstückgewinnsteuern zeigt sich eine hohe Anzahl an Handänderungsanzeigen. Deshalb setzen wir analog zum Vorjahresbudget für das Budget 2026 Einnahmen in Höhe von CHF 3,5 Mio. an. Dies entspricht dem Durchschnitt der letzten Jahre.

### **Geschäftsfeld Bildung & Kind**

Das Geschäftsfeld «Bildung und Kind» steht weiterhin vor bedeutenden Herausforderungen, die sich direkt auf die finanziellen und personellen Ressourcen auswirken.

Eine der grössten Herausforderungen stellt der wachsende Bedarf an zusätzlicher Unterstützung für Schülerinnen und Schüler dar. Diese Angebote sind notwendig, um den individuellen Bedürfnissen gerecht zu werden und eine inklusive, chancengerechte Bildung zu ermöglichen.

Zudem bringt die Überbauung Röntgenhof Unsicherheiten mit sich, da noch nicht definitiv klar ist, wie viele zusätzliche Kinder künftig beschult werden müssen.

Die Lohnkosten sind gegenüber dem Vorjahr um etwas mehr als CHF 300'000.– höher budgetiert. Diese Erhöhung umfasst:

- Anpassungen an die kantonalen Lohnrichtlinien,
- verstärkte Unterstützung und Begleitung von Lehrpersonen ohne Diplom,
- zusätzlichen Personalbedarf im Unterricht und in der Betreuung, insbesondere durch heilpädagogische Lehrpersonen, Klassenassistenten, DAZ-Angebote und Logopädie.



Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die nicht in der Regelklasse unterrichtet werden können und deshalb extern beschult werden, steigt im kommenden Schuljahr weiter an. Die damit verbundenen Kosten sind deutlich gestiegen – um rund CHF 300'000.–.

Auch der Bedarf an Lehrmitteln und Schulmaterial hat sich im Vergleich zum Vorjahr um über CHF 60'000.– erhöht. Gründe dafür sind:

- die Einführung neuer Lehrmittel im Rahmen von Lehrplananpassungen,
- die Digitalisierung und Anschaffung technischer Geräte,
- sowie allgemeine Preissteigerungen bei Schulmaterialien.

Ein Grossteil der Eingliederung der Primarschulgemeinde in die Gemeinde Rümlang ist abgeschlossen. Dennoch stehen weiterhin Reglementanpassungen und administrative Arbeiten an, die personelle Ressourcen beanspruchen.

### **Geschäftsfeld Gesundheit & Alter**

Das Geschäftsfeld Gesundheit und Alter ist bestrebt, der alternden Gesellschaft in der Gemeinde Rümlang über die nächsten Jahre ein ansprechendes und zeitgerechtes Informations- und Dienstleistungsangebot aufzubauen. Hierfür werden über das Jahr verteilt Informationsanlässe für die Generation 60+ organisiert. Gesundheitsförderung und Prävention sollen dabei für das Jahr 2026 im Zentrum stehen.

Im Rahmen der angepassten Zusatzleistungsverordnung des Kantons Zürich wird die Gemeinde Rümlang gemeinsam mit 19 weiteren Gemeinden des Bezirk Dielsdorf an einem Pilotprojekt mit dem Gesundheitszentrum Diesdorf teilnehmen, um eine Bedarfsbescheinigungsstelle im Bezirk aufzubauen. Ziel dieser Stelle wird es sein, den Betreuungsbedarf im Alter für Menschen mit Ergänzungsleistungen professionell abzuklären und diesbezügliche Dienstleister zu benennen. Zusätzlich soll die mobile palliative care in einem Projekt mit dem Kanton Zürich vor Ort gefördert werden.

Im Bereich der Pflegefinanzierung wird weiterhin ein Mengenanstieg erwartet. Vor allem private Spitex-Dienstleistungen steigen kontinuierlich. Die Strategie «ambulant vor stationär» zeigt ihre Auswirkungen. Ziel ist ein möglichst langes und autonomes Leben in der gewohnten persönlichen Umgebung für Einwohnerinnen und Einwohner. Dies führt zu späteren Eintrittten, höherem Pflegebedarf und damit einhergehenden höheren Pflegestufen in den Alterszentren. Höhere Pflegestufen führen wiederum zu höheren Kosten im Bereich der Pflegefinanzierung von Pflegeheimen.

Im Alterszentrum Lindenhof sollen noch vorhandene Doppelzimmer in Einzelzimmer umgewandelt werden, da die vorhandenen Doppelzimmer nicht mehr den Anforderungen des Kantons entsprechen und keine Nachfrage mehr vorhanden ist. Geplant ist auch eine Umstellung der aktuell veralteten ICT-Infrastruktur in zeitgerechte Strukturen. Das Alterszentrum soll verstärkt Begegnungsraum für Menschen in der dritten Lebensphase werden. Generationsübergreifende Anlässe werden weiter gefördert. Des Weiteren gilt es, im Rahmen der Pflegeheimbettenplanung des Kantons Zürich die Betriebsbewilligung für das Alterszentrum Lindenhof zu erlangen. Hierfür sind qualitative sowie finanzielle Kriterien zu erfüllen.

In der Spitex wird ebenfalls eine Anpassung der ICT-Infrastruktur, sowie ein Ersatz der veralteten Telefonanlage geplant. Die Arbeits- und Softwareumgebung wird in zeitgerechte Strukturen überführt. Die Zusammenarbeit mit dem Alterszentrum Lindenhof soll weiterhin optimiert und die hohe Qualität der Dienstleistungen weiter gefördert werden.

### **Geschäftsfeld Bau & Entwicklung**

Im Geschäftsfeld Bau & Entwicklung wurden in den vergangenen Jahren bereits erste Schritte zur Neustrukturierung und Anpassung einzelner Bereiche unternommen. Auslöser hierfür waren unter anderem diverse personelle Veränderungen sowie das Ziel, die Effizienz zu steigern und die stetig wachsende Arbeitslast sowie die zunehmenden Anforderungen besser bewältigen zu können.

Mit Blick auf bevorstehende Pensionierungen von Schlüsselpersonen ergibt sich nun die Möglichkeit, das Geschäftsfeld umfassend und zukunftsorientiert neu auszurichten. Diese Entwicklung eröffnet die Chance, die bestehenden Strukturen und Prozesse ganzheitlich zu überdenken und gezielt zu optimieren.

Durch diese strategische Neuausrichtung soll sichergestellt werden, dass das Geschäftsfeld Bau & Entwicklung auch künftig den steigenden Herausforderungen gewachsen ist und nachhaltig leistungsfähig bleibt.

Im Bereich Hochbau konnte die Einarbeitung der neuen Bauinspektorin im vergangenen Jahr mit der externen Unterstützung durch die Gossweiler Ingenieure AG, Kloten, wie geplant und erfolgreich vorgenommen werden. Im Jahr 2026 wird die Bauinspektorin eine berufsbegleitende Ausbildung absolvieren und gleichzeitig soll die Einarbeitung weitergeführt und das erworbene Wissen gefestigt werden.

Die neue Bau- und Zonenordnung soll im Jahr 2026 verabschiedet werden können. Die neue kommunale Baugesetzgebung wird zu einem erhöhten Besprechungs-, Erläuterungs- sowie

Verwaltungsaufwand und erfahrungsgemäss auch zu einem Mehrbedarf an juristischer Beratung und Unterstützung führen.

Im Bereich Tiefbau wurde die Reorganisation der Projektbearbeitung weiter vorangetrieben und gezielt verfeinert. Besonders stark fordern die Grossprojekte rund um den Flughafen die Gemeinde Rümlang: Die laufende Renaturierung der Glatt sowie die geplante Verlängerung der Piste 28 betreffen Rümlang an mehreren Schnittstellen. Auch wenn die Gemeinde nicht direkt für die Umsetzung dieser Vorhaben verantwortlich ist, sind deren Auswirkungen erheblich, sowohl räumlich als auch inhaltlich. Eine enge, kontinuierliche Begleitung durch die Gemeindeverwaltung ist daher unerlässlich.

Für das Jahr 2026 sind zudem mehrere Tiefbauprojekte zur Erhaltung und Weiterentwicklung der Werkinfrastruktur vorgesehen. Geplant sind unter anderem die Erneuerung der Wasserleitung und der Fahrbahn an der Wibachstrasse, der Leitungsbau zwischen Köschenrüti und Lee sowie die Planung und Sanierung einzelner Abschnitte der Ifangstrasse. Auch die zweite Etappe des hochwassersicheren Ausbaus des Haldenbachs soll im Jahr 2026 realisiert werden.

### **Geschäftsfeld Immobilien & Freizeitanlagen**

Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) wird die Einbindung der Bibliothek vollzogen und die Möglichkeiten für eine Implementierung im Alterszentrum geprüft. Aufgrund des weiterhin erhöhten Informatiknutzungsaufwands, der auch den Zugang zur ICT weiterer Nutzer umfasst, werden zusätzliche Ressourcen erforderlich sein.

Es wird erwartet, dass die Energiepreise im Laufe des Jahres 2026 wieder sinken werden, was sich positiv auf unsere Betriebskosten auswirken dürfte.

Die Schulraumplanung bleibt ein wichtiger Schwerpunkt. Aufgrund des Masterplans wird die Projektierung der Mehrzweckhalle vorangetrieben und die Planung der Sanierungen der Schulanlage Worbiger weiterverfolgt.

Ein besonderes Jubiläum steht bevor: unser Hallenbad wird 50 Jahre alt. Wir planen, dieses Ereignis mit einer kleinen Feier zu würdigen. Gleichzeitig werden wir die Grundlagen für die künftige Nutzung des Hallenbads weiter erarbeiten, um sicherzustellen, dass diese Einrichtung auch in Zukunft den Bedürfnissen der Gemeinschaft gerecht wird.

## **Geschäftsfeld Bevölkerung & Sicherheit**

### **Bereich Bevölkerungsdienste**

Die folgenden Ausführungen geben einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen in den Bereichen Bevölkerungsdienste. Es werden die wichtigsten Punkte und Auswirkungen auf die Gemeinde dargestellt.

#### **Friedhofgärtnerei**

Der Fachkräftemangel wird die Friedhofgärtnerei auch im Jahr 2026 beschäftigen. Aufgrund fehlender Personalressourcen sind höhere Ausgaben für Dienstleistungen Dritter zu erwarten.

#### **Einwohnerdienste**

Die Abteilung Einwohnerdienste muss die altbewährte IT-Lösung Loganto durch die neue Lösung Innosolv ersetzen. Dies wird zu höheren Ausgaben führen.

#### **Plakatständer und Werbemittel**

Die Gemeinde verwaltet fünf Plakatständer im Weltformat, die regelmässig durch eine externe Firma beklebt werden müssen. Die bestehenden Plakatständer sollen in den nächsten Jahren schrittweise durch digitale Display-Stelen ersetzt werden. Dies führt zu Einsparungen bei Druck, Verteilung und Anbringung der klassischen Werbemittel.

#### **Feuerwehrfahrzeuge**

Die Service- und Unterhaltsintervalle sämtlicher Feuerwehrfahrzeuge sind zeitlich unterschiedlich. Jährliche Abweichungen von rund CHF 10'000.— können nicht ausgeschlossen werden.

#### **Zweckverband Polizei RONN**

Der Zweckverband Polizei RONN optimiert seine Fahrzeugbeschaffung und setzt ein Pilotprojekt für eine mögliche Leasingstrategie bei Ersatzfahrzeugen um. Dies führt zu einer erheblichen Abweichung gegenüber dem Budget des Vorjahres, was sich im Anteil der Gemeinde niederschlägt.

#### **Parkgebühren**

Aus den Kontoauszügen von Digitalparking lässt sich ableiten, dass die Erträge aus den Parkgebühren voraussichtlich nicht mehr so hoch ausfallen werden wie im vergangenen Jahr.

### Bereich Betreibungsamt

Das Betreibungsamt steht vor einem wichtigen Jahr, da wir nächstes Jahr in eine neue Liegenschaft der Gemeinde umziehen werden. Dieser Umzug bringt übliche Mehrkosten mit sich, die sich im Budget 2026 widerspiegeln werden. Darüber hinaus stehen wir vor neuen Herausforderungen und Chancen durch die Digitalisierung auf Kantons- und Bundesebene.

#### Digitalisierung und neue Herausforderungen

Die Digitalisierung spielt in unserer Arbeit eine wichtige Rolle, da wir gesetzlich verpflichtet sind, daran teilzunehmen. Das revidierte Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG, LS 172.2) soll voraussichtlich am 1. Januar 2027 in Kraft treten. Im Rahmen des Projekts «Justitia 4.0» wurde die Plattform «justitia.swiss» entwickelt, die den digitalen Rechtsverkehr ermöglicht und dadurch einzelne Verrichtungen von Gemeindeammannamtlichen Geschäften digitalisiert.

Die Abwicklung von betreibungsamtlichen Verfahren auf digitalisiertem Wege wird erst mit dem kantonalen Obligatorium zum BEKJ (Bundesgesetzes über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz) auf elektronischem Weg vorgeschrieben sein (in Kraft voraussichtlich am 1. Juli 2026) und auch nur in der Kommunikation mit Gerichten und Konkursämtern.

#### Nebengeschäfte und Zusammenarbeit

Das Betreibungsamt ist an verschiedenen Nebengeschäften beteiligt, wie z.B.:

- Verhinderung und Bekämpfung des Konkursmissbrauchs: Wir arbeiten aktiv mit den Untersuchungsbehörden zusammen, um den Konkursmissbrauch zu verhindern und zu bekämpfen.

#### Zukünftige Entwicklungen

Wir beobachten die Entwicklungen auf Bundesebene, insbesondere:

- Senkung der Betreibungsgebühren
- Digitalisierung im Betreibungswesen
- Schweizweite Betreibungsregisterauskunft (BRA CH)
- Neues Sanierungsrecht (Rechtsschuldbefreiung)
- Einbezug der Steuern beim Existenzminimum

Wir beobachten diese Themen, jedoch sind sie derzeit noch nicht in Kraft und wir sind nicht direkt involviert.

## Abschied der Rechnungsprüfungskommission

### Antrag zum Budget

Die Rechnungsprüfungskommission hat das Budget 2026 der Politischen Gemeinde Rümlang in der vom Gemeindevorstand beschlossenen Fassung vom 29.09.2025 geprüft. Das Budget weist folgende Eckwerte aus:

Erfolgsrechnung	Gesamtaufwand	CHF	81'095'900
	Ertrag ohne ordentliche Steuern Rechnungsjahr	CHF	58'072'500
	<b>Zu deckender Aufwandüberschuss</b>	<b>CHF</b>	<b>-23'023'400</b>
IR VV	Ausgaben Verwaltungsvermögen	CHF	10'505'000
	Einnahmen Verwaltungsvermögen	CHF	1'089'000
	<b>Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen</b>	<b>CHF</b>	<b>9'416'000</b>
IR FV	Ausgaben Finanzvermögen	CHF	150'000
	Einnahmen Finanzvermögen	CHF	-
	<b>Nettoinvestitionen Finanzvermögen</b>	<b>CHF</b>	<b>150'000</b>

IR = Investitionsrechnung / VV = Verwaltungsvermögen / FV = Finanzvermögen

Die Rechnungsprüfungskommission stellt fest, dass das Budget der Politischen Gemeinde Rümlang finanzrechtlich zulässig und rechnerisch richtig ist. Des Weiteren stellt die RPK fest, dass die Empfehlungen der RPK in der Vergangenheit, im Besonderen, die zum Budget 2025 und zur Jahresrechnung 2024 nicht berücksichtigt wurden.

Die RPK warnt vor Überschuldung, sollte der Fokus nicht auf ein ausgeglichenes Budget, mit klarer Ausgabenminderung, gelegt werden.

Im Sinne einer geordneten Situation, kommt die RPK zum Entschluss, dem trotz hoher Steuererhöhung nicht-ausgeglichenes Budget zustimmen, jedoch mit der klaren Erwartung an den Gemeinderat, entsprechende Massnahmen zu ergreifen.

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt der Gemeindeversammlung, das Budget 2026 der Politischen Gemeinde Rümlang entsprechend dem Antrag des Gemeindevorstands zu genehmigen.

Antrag zum Steuerfuss

Einfacher Gemeindesteuerertrag (100%)	CHF	<b>22'800'000</b>
Steuerfuss		<b>94%</b>
Erfolgsrechnung Zu deckender Aufwandüberschuss	CHF	-23'023'400
Steuerertrag bei 89%	CHF	21'432'000
Aufwandüberschuss	CHF	<b>-1'591'400</b>

Der Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung wird dem Bilanzüberschuss belastet.

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt der Gemeindeversammlung, im Sinne einer Stabilisierung der angespannten Finanzlage, den Steuerfuss für das Jahr 2026 gemäss Antrag des Gemeindevorstands auf 94% (Vorjahr 89%) des einfachen Gemeindesteuerertrags festzusetzen.

8153 Rümlang, 28.10.2025

Rechnungsprüfungskommission der Gemeinde Rümlang

Präsident

R. Pisà

Aktuarin

S. Preuvot